



Stiftung
Asienhaus

Blick Wechsel



Oktober 2020

Thailands junge Generation gegen das Establishment

Von Nicola Glass

Thailands Jugend begehrt auf. Anfänglich richteten sich die Proteste gegen das Regime des einstigen Putschisten Prayut Chan-ocha. Mittlerweile fordern Teile der Bewegung gar eine Reform der Monarchie – und brechen damit ein Tabu.

Sie nehmen kein Blatt vor den Mund und beweisen damit, dass sie die Nase voll haben von politischer Bevormundung, Unterdrückung und Machtmissbrauch. Für ihre Landsleute seien die Proteste eine Überraschung gewesen, sagte Thanaporn Prompat, Schülerin der Mahasarakham University Demonstration School. Politik sei nichts für Kinder, so die Wahrnehmung im Land. „Wir sind niemals dazu ermutigt worden, unsere Meinung zu sagen.“ Es sei somit eine Herausforderung, den Autoritarismus auf allen

Ebenen zu bekämpfen. Als eine von sechs jungen Aktivist*innen war Thanaporn zu Gast während eines Webinars am 26. September 2020, das die Stiftung Asienhaus gemeinsam mit anderen Organisationen und Institutionen veranstaltet hatte. Die von verschiedenen Gruppierungen wie unter anderem *Free Youth/Free People* oder *Student Union of Thailand* initiierte Protestbewegung eint der Wunsch nach einem echten demokratischen System, nach einem, das den Namen verdient.



Seit Monaten gehen die Menschen in Bangkok auf die Straßen, die Proteste wachsen (Foto: Aree Chaisatien).

Davon ist das überwiegend buddhistische Königreich weit entfernt: Wer auch nur in den Verdacht gerät, dem Feudalsystem aus Hofschranzen, Technokrat*innen und Militärs nicht anzuhängen, dem drohen im Thailand des 21. Jahrhunderts staatlich sanktionierte Gewalt und drakonische Haftstrafen. Alles spielt sich unter den Augen einstiger und aktiver Generäle ab, deren vorrangiges Interesse es ist, die eigene Macht zu festigen und die damit stets straffrei davon kommen. Thailands Armee ist für Gewalt und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und sieht sich zudem mit denselben Vorwürfen wegen Korruption und Vetternwirtschaft konfrontiert, die ihr wiederum als Legitimation dazu dienen, demokratisch gewählte Regierungen aus den Ämtern zu putschen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen ist die Armee ebenso wenig politisch neutral wie die Monarchie, die nur dem Namen nach konstitutionell ist. Während führende Generäle vergangene Staatsstreiche immer wieder auch mit dem Schutz des Königshauses zu rechtfertigen versuchten, segnete der Palast seinerseits jahrelang Militärputsche ab.

Bruch mit einem Tabu

Die junge Generation Thailands will sich nicht länger vorschreiben lassen, wie sie zu leben und zu denken hat. Und sie demonstriert trotz Verhaftungen, Schikanen und anderer Einschüchterungsversuche. Begonnen hatten die Proteste mit Forderungen nach freien und fairen Wahlen sowie einer Verfassung, die gleiches Recht für alle garantiert und nicht dazu dient, den Machtanspruch einer vergleichsweise kleinen reaktionären Elite zu sichern, die sich als moralische Instanz inszeniert und aus dieser ver-

meintlichen Überlegenheit ihren Anspruch auf Pfründe und Privilegien ableitet. Auch verlangten die Demonstrant*innen ein Ende der staatlich sanktionierten Gewalt gegen Dissident*innen.

Die Furchtlosigkeit geht mittlerweile so weit, dass Teile der Bewegung eine Reform der Monarchie fordern, darunter Transparenz und Rechenschaftspflicht – der Bruch mit einem Tabu. Eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung spielen die sozialen Medien: Mit dem Hashtag „Sept 19, we take back the power of the people“ beziehungsweise „Sept 19, return power to the people“ hatte unter anderem die Studierendengruppe *United Front of Thammasat and Demonstration* mit großem Erfolg zu einer weiteren Demonstration aufgerufen. Vom *Tha-Prachan*-Campus der Thammasat-Universität aus waren die Protestierenden über die Straße zum Platz *Sanam Luang* gezogen. Auf dem *Sanam Luang*, was übersetzt „königlicher Boden“ oder „königlicher Rasen“ bedeutet, versammelten sich bis zum Abend Zehntausende Menschen. Mit Parolen wie „Nieder mit der Diktatur!“ und „Lang lebe die Demokratie!“ machten Student*innen, Schüler*innen und junge Aktivist*innen ihrem Unmut Luft. Sechs Jahre unter Prayut seien sechs Jahre Elend, monierte ein Sprecher mit Verweis auf den Putsch vom 22. Mai 2014, den General Prayut Chan-ocha als damaliger Armeechef gegen die demokratisch gewählte Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra angeführt hatte.

„Dieses Land gehört dem Volk“

Am Tag zwei des Massenprotests ließen die Initiator*innen eine runde Plakette in den Boden des *Sanam Luang* ein, den sie kurzerhand in *Sanam Ratsadorn* (Platz des Volkes) umgetauft hatten. Inmitten der Tafel waren der „Drei-Finger-Salut“ abgebildet, jene aus der Blockbuster-Reihe „Die Tribute von Panem“ entlehnte Geste des Widerstands gegen die Willkürherrschaft, sowie die Worte zu lesen: „Morgendämmerung, 20. September 2020“. Die Botschaft am Rande lautete verkürzt in etwa: „Die Menschen haben den Willen zum Ausdruck gebracht, dass dieses Land dem Volk gehört, nicht dem König.“ Diese neue Plakette sollte als Ersatz für jene dienen, die einst in den Asphalt des einige Kilometer entfernten *Royal Plaza* eingelassen worden war, aber im April 2017 buchstäblich bei Nacht und Nebel „verschwand“. Stattdessen war eine andere in den Boden

betoniert worden, die das Königshaus preist. Wer damals Aufklärung über das mysteriöse Entfernen der „Revolutionsplakette“ forderte, wurde verhaftet.

Jene Gedenktafel hatte an die friedliche Revolution von 1932 erinnert, in deren Folge die absolute Monarchie abgeschafft und die konstitutionelle ausgerufen worden war. Die auf dem *Sanam Luang* eingelassene Plakette verschwand ebenfalls – in nicht einmal 24 Stunden. Das kommentierte Parit Chiwarak, einer der führenden Köpfe der Proteste, mit den Worten: „Die Plakette ist nicht im Boden des *Sanam Luang* eingebettet, sondern in unseren Herzen.“ Zugleich wurden in den sozialen Medien kostenlose Dateien mit 3D-Bildern und Illustrationen der „Volkstafel“ verbreitet

Mit dem Protestwochenende vom 19. und 20. September 2020 knüpften die Demonstrant*innen an Aktionen vom Vormonat an, die unter der Herrschaft einstiger Putschisten wie Prayut als beispiellos gelten: Auf einer Kundgebung vom 3. August am *Denkmal der Demokratie* in Bangkok bedienten sich die Teilnehmer*innen einer Symbolik aus „Harry Potter“, verkleideten sich als Zauberlehrlinge und verwiesen unter anderem mit „Er, dessen Name nicht genannt werden darf“ – dem finsternen Lord Voldemort und Gegenspieler Harrys – wenig verbrämt auf König Vajiralongkorn, der bekanntlich lieber luxuriös in Bayern residiert, anstatt sich in Bangkok um die Bedürfnisse des Volkes zu kümmern. Der Menschenrechtsanwalt Anon

Nampa hielt eine Rede, in der er eine Reform der Monarchie zugeschnitten auf eine demokratische Gesellschaft forderte – und die zum „Stadtgespräch“ avancierte, wie das auf Politik und Gesellschaft in Südostasien spezialisierte Onlineportal *New Mandala* schrieb.

Manifest für Reform der Monarchie

Eine Woche darauf legten die Initiator*innen eines Protests auf dem *Rangsit*-Campus der Thammasat-Universität nach: An jenem Abend des 10. August verlas die Soziologiestudentin Panusaya Sithijirawattanakul das sogenannte „Thammasat-Manifest“: Das Zehn-Punkte-Papier rüttelt an den engen Banden zwischen Königshaus und dem übrigen feudalistischen Establishment aus Militärs, Technokraten, Aristokraten und Bangkokker Geldadel und damit an den anti-demokratischen Grundfesten des Landes. Seit 1932 habe das Volk gehofft, „dass unser Land eine Demokratie mit dem König als Staatsoberhaupt sein würde, der wirklich über der Politik steht“, heißt es in einführenden Worten des Manifests. Genau diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt und das sei die Wurzel politischer Probleme. Bevor Maha Vajiralongkorn im Dezember 2016 proklamiert wurde, hatte sein Vater Bhumibol Adulyadej mehr als 70 Jahre auf dem Thron gesessen. Doch anders als sein Sohn war Bhumibol von vielen Thailänder*innen verehrt worden. Die Forderungen, inspiriert



Die Proteste sind voller satirischer Anspielungen (Foto: Aree Chaisatien).



In Hamburg wurde am 19. September ebenfalls protestiert, auch hier wird der Dreifingergruß aus der Panem-Reihe gezeigt (Foto: Jeerathon Srongsuwan).

Weltweit wurde am 19. September in vielen Städten demonstriert und sich mit der Bewegung in Thailand solidarisiert, so auch in Paris (Foto: Tito Faiyen).

von den Schriften des im Pariser Exil lebenden früheren Thammasat-Dozenten Somsak Jeamteerasakul, wären dem harten Kern an Demokratieaktivist*innen vertraut gewesen, seien nun aber auf beispiellose Weise öffentlich gemacht worden, schrieb John Reed am 27. August in der britischen *Financial Times*.

Unter anderem kritisieren die Studierenden der Gruppierung *United Front of Thammasat and Demonstration*, Vajiralongkorn habe sich die alleinige und direkte Kontrolle über das Vermögen des Palastes gesichert (das laut Medienberichten mal auf über 30 Milliarden, mal auf über 50 Milliarden US-Dollar geschätzt wird, Anmerkung der Autorin). Er verfüge zudem über eigene Armeeeinheiten. Des Weiteren wird dem Monarchen vorgeworfen, er vernachlässige seine Pflichten als Staatsoberhaupt, indem er „Steuergelder dazu verwendet, um Vergnügen zu suchen und außerhalb des Landes zu wohnen, während die Menschen (in Thailand) durch den wirtschaftlichen Abschwung Not erleiden müssen.“ Im Rahmen des Zehn-Punkte-Manifests wird außerdem gefordert, dass der Artikel 112 des thailändischen Strafgesetzbuches, das „Gesetz gegen Majestätsbeleidigung“, annulliert werden müsse. Bei Schuldspruch in einem einzigen Anklagepunkt drohen bis zu 15 Jahre Haft. Es gab schon Fälle, da wurden Kritiker*innen der Monarchie für Jahrzehnte weggesperrt. Der Verfassung müsse zudem eine Passage hinzugefügt werden, wonach es der Politik ermöglicht werde, Fehlverhalten des Königs zu untersuchen.

Zudem müsse die offizielle Narrative abgeschafft werden, die die Monarchie glorifiziere und damit einseitig darstelle. Auch dürfe ein König keine Militärputsche mehr absegnen. „Unnötige“ Gremien wie der „Privy Council“ (Kronrat) gehörten aufgelöst.

Einfluss der „Rothemden“

Einen geistigen Nährboden dafür hatten vor Jahren die „Rothemden“ bereitet, von denen etliche, ebenso wie unabhängige Gewerkschafter*innen und Vertreter*innen der LGBTQ-Community, an den aktuellen Protesten teilnehmen. Sie sind weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich Anhänger*innen von Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra, der am 19. September 2006 vom Militär gestürzt worden war. Den Status quo „Nation, Religion, König“ hatten viele „Rothemden“ auf ähnliche Weise kritisiert, aber schon für weitaus weniger brisante Forderungen bitter bezahlt: Als sie 2010 die Auflösung des Parlaments unter dem damaligen, vom Militär gestützten Premierminister Abhisit Vejjajiva sowie Neuwahlen verlangt hatten, wurden ihre Kundgebungen gewaltsam von der Armee niedergeschlagen. Seitdem jüngsten Putsch 2014 hatten sich die „Rothemden“ vergleichsweise still verhalten, wohl wissend, dass neue Demonstrationen ihrerseits das gegnerische Lager aufbringen würden – mit womöglich erneut fatalen Folgen.



In Berlin gab es am 19. September eine dreistündige Kundgebung vor dem Brandenburger Tor (Foto: Praphakorn Wongratanawin).

Vor der thailändischen Botschaft in London forderten pro-demokratische Thais ein Ende der Repressionen. Aufgrund von Corona-Auflagen war dort am 19. September keine Kundgebung möglich (Foto: Becky Wilson).

Die Strategien mögen verschieden sein, inhaltlich aber gebe es wesentliche Übereinstimmungen zwischen den Forderungen der „Rothemden“ und denen der jungen Protestierenden: „Wir erinnern uns an den Mut der Rothemden“, betonte Thanawit Sepsuk von der *Mahasarakham Democracy Front* während des Webinars am 26. September. „Sie waren vor uns da, sie geben uns Kraft“. Gemeinsame Anliegen seien Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Demokratie: „In einer Demokratie geht es darum, die Menschen und ihre Stimmen zu respektieren.“

Ein Rückblick: Seit dem Putsch 2006 gegen Thaksin diene das Empfinden insbesondere der ärmeren Schichten, politisch entmündigt worden zu sein, als Katalysator für ihr legitimes Aufbegehren gegen das althergebrachte, feudalistische System. Was folgte, war ein Kreislauf von Protesten, Gewalt und Gegengewalt: Während des „Rot-Gelb-Konflikts“ gingen die „Gelbhemden“ als Unterstützer*innen des reaktionären, royalistischen Establishments gegen die Anliegen der Thaksin-treuen „Rothemden“ auf die Straßen. Zuletzt hatten die Gegner Thaksins zwischen Spätherbst 2013 und Frühling 2014 für eine politische Eskalation gesorgt: Unter dem Deckmantel des Rufes nach „Reformen“ hatte die Bewegung *People’s Democratic Reform Committee (PDRC)* darauf abgezielt, den Shinawatra-Clan endgültig von der Macht zu vertreiben. Zu diesem Zweck hatte die PDRC bewusst Chaos und Gewalt auf Bangkoks Straßen geschürt. Das Militär, das schließlich gegen die Regierung von

Thaksins Schwester Yingluck putschte, inszenierte sich nach außen als Friedensstifter, war aber als zentraler Akteur mit für die Krise verantwortlich.

„Demokratie à la Thai-Style“

Einen Termin für Wahlen hatten die Putschisten immer wieder verschoben. Es war offensichtlich, dass deren innerer Kreis, der sich bis zu seiner formellen Auflösung im Juli 2019 „Nationaler Rat für Frieden und Ordnung“ (NCPO) nannte, auf Zeit spielte. Juntachef Prayut, der im August 2014 von dem junta-treuen Übergangsparlament zum Premierminister ernannt worden war, tourte bereits 2018 durch die thailändischen Provinzen und sagte den Menschen Milliarden Baht an Entwicklungsgeldern zu, während anderen Parteien politische Aktivitäten verboten waren. Auch gab es übereinstimmende Medienberichte, wonach ein Kreis von Politikern, die einst dem Thaksin-Lager angehört hatten, sich daranmachten, weitere Überläufer*innen für die militärtreue Partei *Palang Pracharat* anzuwerben.

Auf das System eines kaum verbrämten Autoritarismus haben Thailands Ultra-Royalist*innen und Ultra-Konservative innerhalb der Armee, Technokratie und Bürokratie seit Jahren hingearbeitet. „Die Verfassung (2017) wurde mit dem Hintergedanken entworfen, die Regierungsgewalt des NCPO und seiner Cliquen zu

festigen“, monierte die nach dem Putsch 2014 gegründete Organisation *Thai Lawyers for Human Rights*, die politisch Verfolgten Rechtsbeistand gewährt. Beispielsweise wurden für den aus 250 Mitgliedern bestehenden, von der Junta handverlesen ernannten Senat weitreichende Befugnisse geschaffen. Unter anderem war er dazu berechtigt, bei der Ernennung des Regierungschefs „nachzuhelfen“, sollte sich ein gespaltenes Unterhaus nicht auf eine Person einigen können. So sorgte der Senat nach den Parlamentswahlen vom 24. März 2019 dafür, dass Juntachef Prayut als Spitzenkandidat der ein Jahr zuvor gegründeten *Palang Pracharat* Premierminister blieb.

Vor dem Hintergrund dieser „Demokratie à la Thai Style“ verwundert es nicht, dass auch die Wahlen selbst alles andere als frei und fair waren. Beobachter*innen des *Asian Network for Free Election (ANFREL)* bescheinigten zwar, die Abstimmung sei friedlich verlaufen, kritisierten aber, sie habe nicht internationalen Standards entsprochen. Das Umfeld der Kampagnen sei massiv darauf ausgerichtet gewesen, die herrschende Militärjunta und die von ihr unterstützten Kandidat*innen zu begünstigen, hieß es in dem Ende März 2019 veröffentlichten Zwischenbericht. „Zudem blieben die nahezu absoluten Befugnisse, die durch den Artikel 44 der Interimsverfassung von 2015 an den NCPO verliehen wurden, während des gesamten Wahlprozesses in Kraft und lasteten schwer über den Köpfen von Regimekritiker*innen.“

In dem im Juni 2019 publizierten Abschlussbericht erklärte ANFREL weiter: „Unverfälschte Wahlen sollten allen Interessenträger*innen Raum geben, um im politischen Bereich frei zu agieren, was bei dieser Abstimmung nicht der Fall war.“ Man habe eine Zivilgesellschaft und einen Mediensektor erlebt, „die beide geschwächt waren, unter dem Druck des jahrelangen Verbots politischer Aktivitäten standen und von Einschüchterung, Missbrauch von Gerichtsverfahren zur Unterdrückung von Meinungsverschiedenheiten und anderen Bedrohungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit heimgesucht wurden.“ Zugleich bescheinigten die Wahlbeobachter*innen sowohl der Zivilgesellschaft als auch den Medien, diese hätten sich nach besten Kräften beteiligt und der Öffentlichkeit die notwendigen Leitlinien und Informationen für eine sinnvolle Teilnahme am Wahlprozess gegeben.

Wer geglaubt hatte, die Opposition könne sich fortan in der parlamentarischen Arena Gehör

verschaffen, sah sich getäuscht. Im Februar 2020 entschied Thailands Verfassungsgericht, die vor allem bei jungen Leuten und Erstwähler*innen populäre *Future Forward Party* wegen Verstoßes gegen die Wahlgesetze aufzulösen. Zudem wurden führende Köpfe der Partei für zehn Jahre aus der Politik verbannt. Ihnen wurde vorgeworfen, einen für illegal befundenen Kredit von 191 Millionen Baht (etwa 5,6 Millionen Euro) ihres Mitbegründers Thanathorn Juangroongruangkit angenommen zu haben. Die erst im März 2018 gegründete Partei hatte sich klar gegen das alte Establishment und das Militär positioniert und wurde bei den Parlamentswahlen mit über sechs Millionen Stimmen auf Anhieb drittstärkste Kraft.

Auslöser der jugendlichen Protestbewegung

Die politisch motivierte Auflösung der *Future Forward Party* gilt als Auslöser für die Proteste der Jugend. Wegen der Corona-Pandemie verhängte die Regierung unter Prayut am 24. März 2020 den Notstand, infolge dessen die Demonstrationen an Universitäten und auf den Straßen unterbrochen wurden. Zugleich erklärte die politische Führung, dass jeder strafrechtlich verfolgt würde, der das Regime kritisiere. Im November 2019 war bereits ein „Anti-Fake-News“-Zentrum eingerichtet worden, um die im Internet kursierende Informationsflut auf Staatstreue zu überprüfen. Kürzlich ließ Thailand den Zugang zur satirischen Facebook-Gruppe *Royalist Marketplace* sperren, die im April 2020 von dem im japanischen Exil lebenden Monarchie-Kritiker und Politikwissenschaftler Pavin Chachavalpongpun gegründet worden war und den Angaben nach binnen von Wochen mehr als eine Million Mitglieder zählte. Nach der Sperrung rief Pavin eine neue Gruppe ähnlichen Namens ins Leben. Angesichts der seit Monaten wachsenden Proteste dürften Thailands Autoritäten ohnehin einsehen, dass komplette Kontrolle unmöglich ist.

Nach der Corona-Zwangspause entlud sich der Unmut erneut. Das geschah kurz nach der Entführung und mutmaßlichen Ermordung des im kambodschanischen Exil lebenden thailändischen Aktivisten Wanchalearm Satsaksit. Anfang Juni war er vor seiner Bleibe in Phnom Penh von Unbekannten verschleppt worden. Zwei Jahre zuvor hatten Thailands Behörden einen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt: So habe er das „Computerkriminalitätsgesetz“ verletzt, weil er eine Facebook-Seite betrieb, die das Mili-



tärregime kritisiert hatte. Wanchalearm ist kein Einzelfall: Mindestens acht weitere Aktivist*innen, die seit 2014 in die Nachbarstaaten Laos, Kambodscha oder Vietnam geflohen waren, verschwanden spurlos; einige wurden tot aufgefunden. Es handelt sich dabei um nichts weniger als eine gezielte Kampagne der Gewalt gegen Regimekritiker*innen. Nachdem die Entführung des Aktivisten bekannt geworden war, wurde der Tweet #SaveWanchalearm über 400.000 Mal geteilt. Da der Aktivist inzwischen als tot gilt, benannten Nutzer*innen den Hashtag in #RipWanchalearm um.

Außer Twitter bedient sich die Jugend populärer Figuren aus der Comic- und Filmwelt: So wurde der Hamster *Hamtaro* aus einem japanischen Cartoon zu einem der Symbole des Widerstands: Der Titelsong über den niedlichen Nager, der Sonnenblumenkerne liebt, wurde abgeändert in: „Das köstlichste Essen ist Steuergeld“. Gleich den Umdrehungen in einem Hamsterrad kreisten die Demonstrant*innen um das *Denkmal der Demokratie* und skandierten: „Löst das Parlament auf“. Danach sollte es nur noch kurze Zeit dauern, bis Rufe nach einer Reform der Monarchie öffentlich an Fahrt aufnahmen.

Armee: „Hass auf die Nation“

Die Protestierenden wissen um das Risiko, das sie eingehen, nicht zuletzt wegen des drakonischen Gesetzes gegen Majestätsbeleidigung. Indes erklärte Ex-Juntachef Prayut, der König habe vorerst darum gebeten, dass niemand wegen Majestätsbeleidigung strafrechtlich verfolgt werde. Ob dem entsprochen wird, ist fraglich. Schweigend nahm das ultra-royalistische Lager die als Provokation empfundenen Forderungen jedenfalls nicht hin: Zwei Tage nach der Rede des Anwalts Anon Nampa meldete sich der bis Ende September 2020 amtierende Armeechef Apirat Kongsompong zu Wort: Im Vergleich zum Corona-Virus könne der „Hass auf die Nation“ nicht geheilt werden, sagte Apirat, der pro-demokratische Aktivist*innen und Politiker*innen wiederholt verunglimpft hat. Längst machen die Proteste nicht nur in Thailand, sondern auch international Schlagzeilen. Solidarität gibt es zudem durch Thailänder*innen weltweit: Allein am 19. September fanden Kundgebungen in Paris, London, Berlin, Hamburg, Skandinavien, Tokio, Taipeh, den USA, der australischen Metropole Sydney sowie Neuseeland statt.

Teile der Protestbewegung fordern eine Reform der Monarchie und kritisieren offen den König (Foto: Praphakorn Wongratanawin).



Die Proteste gehen in Thailand und weltweit weiter, Ergebnis und Entwicklung sind offen (Foto: Praphakorn Wongratanawin).

Forderungen nach Änderungen der umstrittenen Verfassung blieben bislang ungehört. Als Ende September klar wurde, dass eine entsprechende Parlamentsdebatte verschoben wurde, löste das einen Sturm der Empörung auf Twitter aus: Kurz darauf war #RepublicofThailand laut einem Bericht der Nachrichtenseite *The Nation Thailand* mehr als 785.000 Mal geteilt worden. Das Wort „Republik“ in Thailand zu verbreiten kommt einem Dammbbruch gleich.

Blick in Thailands dunkle Vergangenheit

Ein Ende der Proteste ist nicht abzusehen. Für den 47. Jahrestag des Volksaufstandes gegen das damalige Regime wurde ein Generalstreik angekündigt: Jener 14. Oktober 1973 markierte den Höhepunkt der von Student*innen initiierten Massenproteste gegen Militärmacht-haber Thanom Kittikachorn, denen sich weitere Aktivist*innen, Arbeiter*innen und Geschäftsleute angeschlossen hatten. Die Demonstrationen endeten in einem Blutbad, in dessen Folge Thanom abdanken und mit seinem Vize Praphas Charusathien sowie seinem Sohn Narong Kittikachorn, auch die „drei Tyrannen“ genannt, das Land verlassen musste.

Nur drei Jahre später zeigte sich, dass der demokratische Aufbruch von kurzer Dauer gewesen war. Nachdem in den Nachbarstaaten Laos, Vietnam und Kambodscha die Kommunist*innen die Macht übernommen hatten, fürchteten Thailands reaktionäre Militärs und weitere Angehörige der alteingesessenen Eliten, dass Gleiches auch im eigenen Land passieren könne. Vor allem die linke, progressive Studentenschaft wurde zur Zielscheibe vermehrter anti-kommunistischer Hetze. Als im September 1976 bekannt wurde, dass Ex-Machthaber Thanom im Gewand eines buddhistischen Novizen heimlich aus dem Exil zurückgekehrt war, entzündeten sich neue Proteste von Studierenden, Gewerkschaften und Anwaltsvereinigungen.

Nach dem Mord an zwei Arbeitsaktivisten, die ebenfalls gegen Thanoms Rückkehr protestiert hatten, stellten Studierende der Thammasat-Universität diese Tat szenisch nach. Ein rechtes Blatt berichtete in verzerrter Weise über die Aktion, zudem wurde ein offenbar retuschiertes Foto publiziert. Demnach hatte einer der abgebildeten Darsteller, der einen der Ermordeten spielte, starke Ähnlichkeit mit dem damaligen Kronprinzen Vajiralongkorn gehabt. Daraufhin beschuldigten ultra-rechte Kreise und Medien die Protestierenden, die Monarchie stürzen zu wollen und riefen faktisch zum Mord

an den „Kommunist*innen“ auf. Hass und Hetze endeten in einem Massaker: Im Morgengrauen des 6. Oktober 1976 stürmten rechtsgerichtete Gruppierungen, (Para)Militärs und Polizeieinheiten das Gelände der Thammasat-Universität. Viele Student*innen wurden ermordet, brutal misshandelt und vergewaltigt. Noch am selben Abend übernahm wieder einmal eine Militärjunta die Macht.

Gerade erst wurde an den 44. Jahrestag des Massakers an der Thammasat-Universität erinnert. Vielen Menschen stehen zudem die pro-demokratischen Massendemonstrationen vom Mai 1992 vor Augen, die ebenso blutig niedergeschlagen wurden wie die Proteste der Thaksin-treuen „Rothemden“ im April und Mai 2010. Die staatlich sanktionierte Brutalität der Vergangenheit macht das mutige Auftreten der jungen Generation umso bemerkenswerter. Wie das Regime auf die Proteste reagieren wird, ist offen. Seit dem 1. Oktober 2020 hat Thailand einen neuen Armeechef. Kurz vor dessen Amtsantritt zitierte die Zeitung *Bangkok Post* General Narongphan Jitkaewtae mit den Aussagen, er „verspreche, den Frieden in der thailändischen Gesellschaft wiederherzustellen, die Entwicklung des Landes zu unterstützen und der Monarchie treu zu bleiben und sie zu schützen.“

Mit Blick auf Thailands dunkle Vergangenheit nahm Menschenrechtsanwalt Anon Nampa diesen Faden im Webinar auf: „Die Wut über die staatliche Gewalt veranlasst uns, weiter zu kämpfen“. An die Machthabenden richtete er die Frage: „Werdet ihr Gewalt anwenden oder uns zuhören?“

Fotos: Praphakorn Wongratanawin, Aree Chaisatien, Tito Faiyen, Jeerathon Srongsuwan, Becky Wilson.

An dieser Stelle danken wir zudem Praphakorn Wongratanawin für die Organisation der Bilder.

.....

Eine Aufzeichnung der Online-Veranstaltung: Solidarität mit Thailands Kampf um Demokratie! finden Sie hier: <https://youtu.be/uVJSopYfWYI>

Die Autorin

Nicola Glass hat dreizehn Jahre als Südostasien-Korrespondentin in Bangkok gearbeitet. Zurück in Deutschland ist sie weiter als freie Journalistin tätig sowie Mitglied im Arbeitskreis Thailand der Stiftung Asienhaus. 2018 erschien ihr Buch »Thailand. Ein Länderporträt« im Christoph-Links-Verlag.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:

Raphael Göpel
Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-25
raphael.goepel@asienhaus.de
www.asienhaus.de

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.



Stiftung
Asienhaus